

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.06.2020
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Doris Grote

Herr Sönke Siebke

Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Herr Matthias Malassa

Herr Luzian Roth

Vertretung für: Herrn Kurt Bar-
kowsky 1. stellvertretender
Landrat

Herr Martin Ahrens

Frau Rita Marcussen

Frau Hella Dorando-Marsch

Herr Arne Hansen

Frau Rosemarie Jahn

ab 18:50 Uhr

Herr Klaus-Peter Schroeder

bis 18:50 Uhr

Herr Heiko Evermann

Herr Toni Köppen

Herr Holger Weihe

Herr Rainer Schuchardt

Vertretung für: Herrn Thomas
Thedens

Herr Klaus Stuber Kreissenioresenbeirat

Herr Arne-Michael Berg

Herr Christian Mann

Herr Alexander Storjohann

Frau Prof. Dr. Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin

Frau Miriam Raad

Frau Maren Berger

Herr Michael Hamer

Herr Julian Flak

Herr Wrage Geschäftsführer WKS

Herr Böhm Vorsitzender KSV

bis 20:20 Uhr

Herr Neitzke Geschäftsführer KSV

bis 20:20 Uhr

Herr Landrat Schröder
Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen
Herr Stankat Jugendamtsleiter
Frau Lexau FDL Technisches Gebäudemanagement
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Herr Schmitt Gremien, Kommunikation, Controlling bis 19:55 Uhr / TOP 3.17
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat -
Herr Thomas Thedens -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.05.2020
 - 2.3 Informationen des Landrates
 - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf
 - 3.1.1 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046
 - 3.1.2 Bericht zur Drucksache/2020/046 (Gemeinschaftsunterkunft) für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046-1
 - 3.1.3 Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046-2

- 3.1.4 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Beauftragung eines Sicherheitsdienstes
Vorlage: DrS/2020/075-1
- 3.2 Neuaufstellung der einkommensunabhängigen Geschwisterermäßigung für Horte im Rahmen der Kita-Reform
Vorlage: DrS/2020/110
- 3.3 Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg zur Bildung einer Sozialstaffel für die Teilnehmerbeiträge oder Gebühren in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: DrS/2020/139
- 3.4 Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege (im Kreis Segeberg)
Vorlage: DrS/2020/141
- 3.5 Antrag Fraktion B90/Die Grünen zur Sozialstaffel/Geschwisterermäßigung
Vorlage: DrS/2020/092
- 3.6 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Durchführung der vom Kreis vertraglich bzw. projektbezogen geförderten Dienste und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialen Sicherung und anderer Bereiche der Daseinsvorsorge
Vorlage: DrS/2020/096
- 3.7 Zum Projektvorhaben "Heldenherzen" für Kinder aus psychisch belasteten und/oder suchtbelasteten Familien
Vorlage: DrS/2020/086
- 3.8 Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
- 3.8.1 Änderung der Geschäftsordnung für die/den ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2020/126
- 3.8.2 Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
hier: Vorstellung der Bewerber*innen
Vorlage: DrS/2020/078
- 3.9 Kooperationsvereinbarung Regionalbudget HanseBelt: Beantragung der 2 Förderphase 2021-2023
Vorlage: DrS/2020/036-1

(nichtöffentlich)

- 3.10 Anerkennung der Kosten der beim Kreisfeuerverband neu zu schaffenden Stelle eines Vorstandsreferenten
Vorlage: DrS/2020/106

(öffentlich)

- 3.11 Freigabe von einer im Stellenplan 2020 mit Sperrvermerk versehenen Stelle im Fachdienst 32.00 -Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten (Nr. 0.1221.0050) sowie Sachstandsbericht zur Organisationsentwicklung in der Heimaufsicht
Vorlage: DrS/2020/105
- 3.12 Einführung des HVV-BonusTickets für Azubis zum 01.01.2021
Vorlage: DrS/2020/121
- 3.13 RNVP-Umsetzung: Ausbau des ÖPNV-Grundnetzkorridors Bornhöved - Trappenkamp - Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2020/123
- 3.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung einer Stelle für eine/n Radverkehrsbeauftragte/n
Vorlage: DrS/2020/125
- 3.15 Antrag der CDU-Fraktion auf Verlängerung des Förderzeitraumes der "Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg"
Vorlage: DrS/2020/134
- 3.16 Verlängerung und Optimierung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kreis Segeberg und der Kreisjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V.
Vorlage: DrS/2019/326-2
- 3.17 Jahresabschluss 2019 WKS GmbH
Vorlage: DrS/2020/100
- 3.18 Organisationsuntersuchung der WKS GmbH
Vorlage: DrS/2020/101
- 3.19 Neuregelung der Fremdnutzung von kreiseigenen Liegenschaften und Räumlichkeiten
Vorlage: DrS/2020/112
- 3.20 1. Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
Vorlage: DrS/2020/138

(nichtöffentlich)

- 3.21 Neuuzuordnung des Fachbereiches V - Immobilienverwaltung
Vorlage: DrS/2020/144

(öffentlich)

- 4 Berichte/Informationen
 - 4.1 Sachstand April 2020 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2016/2017, 2014/2015, 2012/2013
Vorlage: DrS/2020/137
 - 4.2 7. Beteiligungsbericht des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2020/140
- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Anfragen
 - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

- 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises
- 8 Ernennung eines Beamten
Vorlage: DrS/2020/143
- 9 Rettungswache Bad Bramstedt / weitere Nutzung / Verkauf
Vorlage: DrS/2020/071
- 10 Verkauf GU Warder
Vorlage: DrS/2020/109

(öffentlich)

- 11 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 12 Nachgereichte Vorlagen
 - 12.1 Bezuschussung des Frauenhauses Norderstedt infolge der Corona-Pandemie
Vorlage: DrS/2020/147

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Mehrere Tagespflegepersonen sind anwesend und tragen ihre Bedenken zur Vorlage DrS/2020/141 vor.

Frau Scholz weist auf Einnahmeeinbußen aufgrund der neuen Satzung hin. Es sei künftig untersagt, aufstockende Beiträge von den Eltern zu erheben und Urlaubs- und Krankheitstage würden nicht mehr bezahlt. Die Mindereinnahmen könnten nur durch die Betreuung der maximalen Anzahl von Kindern ausgeglichen werden. Sie fragt nach, ob der Kreis die Einbußen ausgleichen wolle.

Frau Bürger möchte wissen, warum die Tagespflegepersonen nicht mit den Kitas gleichgestellt werden.

Frau Runge vertritt die Auffassung, dass die neue Satzung rechtswidrig sei. Der Landrat teilt hierzu mit, dass dies nicht der Fall sei.

Frau Hamann bemängelt, dass sie als Großmutter für die Betreuung ihrer Enkel künftig keine Leistungen mehr erhalten werde.

Frau Lessing teilt mit, dass sie sich aufgrund der Vielzahl der neuen Informationen nicht in der Lage sehe, adhoc Stellung zu beziehen und bittet die Tagespflegepersonen darum, die Fragen und Anregungen schriftlich einzureichen. Frau Scholz begründet die Kurzfristigkeit damit, dass die Vorlage erst am Tag der Jugendhilfesitzung online verfügbar war und außerdem bereits schriftliche Eingaben gemacht wurden, die jedoch nicht beantwortet worden seien. Herr Stankat verweist bezüglich der kurzfristig eingestellten Vorlage darauf, dass das Land erst Mitte Mai einen Beschluss gefasst habe und die Vorlage schnellstmöglich fertiggestellt worden sei.

Herr Roth schlägt vor, die Vorlage zur Beratung erneut in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Der Landrat teilt mit, dass ein Beschluss für die neue Satzung im Kreistag am 25.06.2020 notwendig sei, da die alte Satzung ansonsten ab 01.08.2020 gegen das neue Kita-Recht verstoßen würde. Die Satzung könnte in der nächsten Jugendhilfesitzung erneut beraten und ggf. rückwirkend geändert werden.

Herr Schroeder erklärt, dass der Kreis bisher immer bemüht war, die Tagespflege zu unterstützen. Dies werde auch in Zukunft so sein. Er verweist auch auf den Beschluss, dass in der Corona-Zeit die Leistungen weitergezahlt worden seien, teilweise obwohl keine Leistungen erbracht wurden. Herr Köppen und Herr Mann schließen sich dem an. Herr Mann bittet um Klärung, warum das von Frau Scholz genannte Schreiben bisher nicht beantwortet worden sei. Der Landrat teilt mit, dass er den Fragenkatalog erst am Vortag erhalten habe.

Herr Evermann begrüßt das Auftreten der Tagespflegepersonen im Ausschuss und verweist auf die Kreisordnung, wonach in der Einwohnerfragestunde nicht nur Fragen, sondern auch Anregungen möglich seien.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Lessing beantragt, TOP 3.21 nichtöffentlich zu beraten. Herr Roth beantragt, TOP 3.10 ebenfalls nichtöffentlich zu beraten. Herr Köppen beantragt, TOP 12.1 aufgrund von Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu nehmen und schlägt vor, diesen hinter TOP 3.20 zu beraten.

Der Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig zugestimmt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.05.2020

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben, diese gilt damit als genehmigt.

zu 2.3 Informationen des Landrates

Der Landrat berichtet über folgende Punkte:

- Die bisherigen Kosten für Corona-Maßnahmen belaufen sich auf ca 380.000 €. Es handelt sich um Kosten für z. B. Schutzausrüstung, Spuckschutzwände, Desinfektionsmittel, Sicherheitsdienst und auch EDV-Ausstattung für Mitarbeiter im Homeoffice.
- Die Zahl der neu zugewiesenen Flüchtlinge beträgt mit heutigem Stand 179 Personen.
- Bezüglich der Weiternutzung der Räume für die Kita im Levo-Park gab es Gespräche mit dem Land. Das Land hat eine weitere gemeinsame Nutzung für 1 Jahr in Aussicht gestellt. Dies würde Zeit geben, um eine längerfristige Lösung zu finden.
- In der Presse gab es Berichte über die schlechte Erreichbarkeit der KFZ-Zulassungsstellen. Anfangs wurden coronabedingt weniger Termine vergeben, um die Situation im Wartebereich zu entzerren und die Mitarbeiter im Großraumbüro zu schützen. Autohäuser und Zulassungsdienste haben jedoch immer Termine erhalten, inzwischen werden wieder etwa 75% der Termine, zzgl der „gewerblichen Termine“ wie ursprünglich vergeben.
- Frau Grote hat eine Anfrage zum Thema Lernsommer gestellt. Der Landrat teilt mit, dass die VHSen Bereitschaft zur Umsetzung signalisiert haben. Das Land fördert bis zu 50% der Kosten.
- Das Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung liegt im Entwurf vor. Es enthält eine Förderung für privat genutzter IT zur Gremienarbeit, was beim Kreis Segeberg obsolet ist, da die Abgeordneten mit iPads ausgestattet wurden. In Ausnahmefällen sind künftig digitale Sitzungen möglich, wenn eine Zusammenkunft unzumutbar ist. Die Fraktionsmindeststärke bleibt unangetastet.
- Das Land hat Ende Mai den Erlass zu den Finanzzuweisungen fertiggestellt.

Der Kreis Segeberg erhält hiernach ca 1,5 Mio € mehr als geplant.

- Der Landrat gibt den Schuldenstand per 31.05.2020 zu Protokoll. Dieser befindet sich in der Anlage.

zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Frau Prof. Täck gibt bekannt, dass es seitens des Kreispräsidenten derzeit nichts zu berichten gibt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf

zu 3.1.1 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung Vorlage: DrS/2020/046

Herr Malassa bemängelt die höheren Kosten, wenn der Kreis das Personal einstellt und kündigt an, dass die CDU-Fraktion den Beschlussteil zu b) deshalb ablehnen werde.

Beschlussvorschlag:

- b) Ab dem 01.11.2022 übernimmt der Kreis Segeberg die Aufgabe der Hausleitung selbst. Die Kreisverwaltung wird gebeten, ein Stellenprofil zu erstellen und die Stelle zu bewerten. Die Stelle soll erstmalig in den Stellenplan für 2022 eingepeist werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	7	5		12

Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler:

- c) Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des Betreuungskonzeptes ab 01.11.2020 öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE			1	1
Gesamt	11		1	12

**zu 3.1.2 Bericht zur Drucksache/2020/046 (Gemeinschaftsunterkunft) für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046-1**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**zu 3.1.3 Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg - Vertragsverlängerung und Übernahme der Betriebsleitung
Vorlage: DrS/2020/046-2**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

s. Beschluss zur Vorlage DrS/2020/046

**zu 3.1.4 Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen des Kreises Segeberg in Schackendorf - Beauftragung eines Sicherheitsdienstes
Vorlage: DrS/2020/075-1**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, das Ausschreibungsverfahren „Sicherheitsdienst für die Gemeinschaftsunterkunft in Schackendorf“ vorzubereiten und durchzuführen. Die Leistungsbeschreibung soll die Anwesenheit des Sicherheitsdienstes an den Wochenenden (freitags bis montags) von jeweils 20.00 bis 05.00 Uhr sowie zweimal wöchentlich werktags jeweils vier Stunden im Zeitraum von 20.00 bis 05.00 Uhr festschreiben. Zuschlagskriterium soll allein der Preis sein.
2. Für das Jahr 2020 werden Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 € außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. In den Jahren 2021 bis 2023 sind jeweils 140.000 € jährlich im Haushalt bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	5		12

zu 3.2 Neuaufstellung der einkommensunabhängigen Geschwisterermäßigung für Horte im Rahmen der Kita-Reform Vorlage: DrS/2020/110

Herr Köppen weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (TOP 3.5) einen ähnlichen Inhalt habe und schlägt vor, die Punkte gemeinsam zu beraten.

Beschlussvorschlag:

Die einkommensunabhängige Geschwisterermäßigung für Hortkinder wird beibehalten bis zum 31.12.2024 (Ende der Übergangsphase in der Kita Reform mit anschließender Überführung in das Zielsystem). Im Jahr 2022 wird die Verwaltung die aktuelle Sachstandslage erneut prüfen und der Politik zur weiteren Befassung eine Vorlage erstellen.

Kommunen, in denen noch Hortbetreuung stattfindet, sind aufgefordert, bis zum 31.07.2021 ein Konzept zum Übergang auf die schulische Ganztagsbetreuung vorzulegen. Diese Konzepte sollen spätestens zum 31.07.2022 verbindliche Maßnahmen beinhalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.3 Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg zur Bildung einer Sozialstaffel für die Teilnehmerbeiträge oder Gebühren in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: DrS/2020/139

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg zur Bildung einer Sozialstaffel für die Teilnehmerbeiträge oder Gebühren in Kindertageseinrichtungen wird mit Wirkung zum 01.08.2020 in Form des beigefügten Entwurfes (Anlage 1) beschlossen.

Die einkommensunabhängige Geschwisterermäßigung für Hortkinder wird beibehalten bis zum 31.12.2024 (Ende der Übergangsphase in der Kita Reform mit anschließender Überführung in das Zielsystem). Im Jahr 2022 wird die Verwaltung die aktuelle Sachstandslage erneut prüfen und der Politik zur weiteren Befassung eine Vorlage erstellen. Kommunen, in denen noch Hortbetreuung stattfindet, sind aufgefordert, bis zum 31.07.2021 ein Konzept zum Übergang auf die schulische Ganztagsbetreuung vorzulegen. Diese Konzepte sollen spätestens zum 31.07.2022 verbindliche Maßnahmen beinhalten.

Die Satzung des Kreises Segeberg zur Bildung einer Sozialstaffel für die Teilnehmerbeiträge oder Gebühren in Kindertageseinrichtungen vom 05.08.2019 tritt gleichzeitig außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.4 Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege (im Kreis Segeberg)
Vorlage: DrS/2020/141

Der Landrat erklärt auf Nachfrage von Herrn Roth, dass die alte Satzung ab 01.08.2020 rechtswidrig sei, da das Kita-Recht sich ändere. Es seien Klagen möglich, somit sei ein Beschluss zur neuen Satzung vor der Sommerpause notwendig. Über die Sommerpause sei eine Überarbeitung möglich. Herr Roth bemängelt, dass aufgrund der kurzfristig eingestellten Vorlage keine inhaltliche Befassung und keine Besprechung in der Fraktion möglich gewesen sei. Herr Köppen verweist darauf, dass im Jugendhilfeausschuss viele Fachleute vertreten seien, die sich auch kurzfristig einen Überblick verschaffen könnten. Die Verwaltung würde stets bestmöglich informieren. Er hält die Rechtssicherheit der Satzung für sehr wichtig und bei

einer rückwirkenden Änderung der Satzung würde niemand etwas verlieren.

Herr Stankat ergänzt, dass der Landtag rechtskonform beschlossen habe und sich hieraus wirtschaftliche Folgen für die Tagespflegepersonen ergeben würden. Einige seien künftig schlechter gestellt, was aber an überdurchschnittlich hohen Preisen im Kreis liege. Es gäbe viele Tagespflegepersonen, die in Zukunft mehr Einkünfte hätten. Zu Wort hätten sich in der Einwohnerfragestunde nur die mit Einkommenseinbußen gemeldet. Die Sachlage müsste im Jugendhilfeausschuss eingehend diskutiert und gegebenenfalls freiwillige Leistungen beschlossen werden. Es handle sich um Solo-Selbständige, die nicht ohne weiteres mit Kitas und den dort Beschäftigten zu vergleichen seien.

Herr Evermann spricht sich dafür aus, die Situation der Tagespflegepersonen wohlwollend zu prüfen, da es sich um eine wichtige und unverzichtbare Säule der Kinderbetreuung handle. Die Schaffung von Krippenplätzen wäre um ein Vielfaches teurer, als ein Zuschuss zur Tagespflegevergütung.

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) wird mit Wirkung zum 01.08.2020 in Form des beigefügten Entwurfes (Anlage 1) in der Variante 1, 2 oder 3 des § 9 dieser Satzung beschlossen. Die Satzung des Kreises Segeberg zur Förderung von Kindern in Tagespflege mit Wirkung vom 01.08.2018 wird zum 31.07.2020 außer Kraft gesetzt und durch die Neufassung mit Wirkung zum 01.08.2020 ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.5 Antrag Fraktion B90/Die Grünen zur Sozialstaffel/Geschwisterermäßigung Vorlage: DrS/2020/092

Aufgrund des Beschlusses zu TOP 3.2 zieht Herr Hansen den Antrag zurück.

zu 3.6 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Durchführung der vom Kreis vertraglich bzw. projektbezogen geförderten Dienste und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialen Sicherung und anderer Bereiche der Daseinsvorsorge
Vorlage: DrS/2020/096

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg duldet im Jahr 2020 bei vertraglich bzw. projektbezogen geförderten Diensten und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialen Sicherung und anderer Bereiche der Daseinsvorsorge einen corona-bedingten, förderungsunschädlichen Ausfall von Leistungen von bis zu 10 %. Davon ausgenommen sind investive Förderungen.

Es handelt sich um eine Antragsleistung bei corona-bedingt verminderten Leistungsumfängen. Vorrangig obliegt den Zuwendungsempfängern selbst die uneingeschränkte Pflicht, durch eigenes Handeln den Leistungsausfall zu verringern und alle ihnen möglichen Maßnahmen zur Kosten- und Schadensminderung umzusetzen sowie dieses dem Kreis gegenüber nachzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.7 Zum Projektvorhaben "Heldenherzen" für Kinder aus psychisch belasteten und/oder suchtselasteten Familien
Vorlage: DrS/2020/086

Herr Roth erkundigt sich, welche Tätigkeiten das Personal künftig erledigen werde, falls der Kreis nicht für das Projekt ausgewählt werde. Weiterhin regt er einen KW-Vermerk ab 2023 an. Frau Jahn erklärt, dass Frau Hakimpour-Zern im OVG erläutert habe, dass sie sich ohnehin mit der Materie beschäftige und hier nur die Projektförderung gesichert werden solle. Herr Stankat bekräftigt dies und führt aus, dass Frau Hakimpour-Zern keinesfalls ohne Aufgaben sein werde, falls keine Projektförderung erfolgen sollte. Es werde beim Kreis häufiger praktiziert, die Kosten für unbefristet beschäftigtes Personal über Projekte finanzieren zu lassen. Frau Prof. Täck ergänzt, dass Stellenbeschreibungen immer flexibel beschrieben seien, um auf kommende Gegebenheiten reagieren zu können.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Projektantrag im Themenfeld Kinder aus psychisch belasteten und/oder suchtselasteten Familien bei den entsprechenden Fördermittelgebern einzureichen und in den nachfolgenden Jahren entsprechend umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.8 Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg

**zu 3.8.1 Änderung der Geschäftsordnung für die/den ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2020/126**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Auf Empfehlung des Sozialausschusses und des Hauptausschusses beschließt der Kreistag die Änderung der Geschäftsordnung für die/den ehrenamtliche/n Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung – jetzt für Menschen mit Beeinträchtigung – des Kreises Segeberg unter Einbeziehung der aus dem Sozialausschuss hervorgehenden Änderung zu § 4 Abs. 1 und den extra Abstimmungen zu § 6 Abs. 4 und Abs. 6.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

**zu 3.8.2 Wahl ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung des Kreises Segeberg
hier: Vorstellung der Bewerber*innen
Vorlage: DrS/2020/078**

Da im Sozialausschuss noch keine Auswahl von Kandidaten getroffen wurde, besteht Einigkeit, dass Frau Altenhöner die Aufgaben interimswise weiterführen soll.

Beschlussvorschlag:

Frau Altenhöner wird gebeten, interimswise bis zum Amtsantritt der/des neugewählten Beauftragten als Beauftragte für Menschen mit Behinderung weiter tätig zu sein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu 3.9 Kooperationsvereinbarung Regionalbudget HanseBelt: Beantragung der 2 Förderphase 2021-2023
Vorlage: DrS/2020/036-1**

Herr Schrenk weist darauf hin, dass die Überschrift der Vorlage korrekt „Kooperationsvereinbarung Regionalmanagement HanseBelt: Beantragung der 2. Förderphase 2021-2023“ heißen müsste, statt „...Regionalbudget“

Beschlussvorschlag:

1. Der Beantragung der 2. Förderphase für den Zeitraum 2021 bis 2023 wird zugestimmt.
2. Der auf den Kreis Segeberg und die WKS entfallende gemeinsame Eigenanteil in Höhe von insgesamt 24.075 Euro wird über die Wirtschaftspläne der WKS in den Jahren 2021 bis 2023 (p. a. 8.025 Euro) zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.11 Freigabe von einer im Stellenplan 2020 mit Sperrvermerk versehenen Stelle im Fachdienst 32.00 -Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten (Nr. 0.1221.0050) sowie Sachstandsbericht zur Organisationsentwicklung in der Heimaufsicht
Vorlage: DrS/2020/105

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss empfiehlt, der Hauptausschuss beschließt, die bisher mit Sperrvermerk im Stellenplan 2020 versehene Stelle Nr. 0.1221.0050 (1 VZ-Stelle in der Heimaufsicht) im Fachdienst 32.00 – Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten freizugeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.12 Einführung des HVV-BonusTickets für Azubis zum 01.01.2021
Vorlage: DrS/2020/121

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Das HVV-BonusTicket für Azubis wird zum 01.01.2021 eingeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.13 RNVP-Umsetzung: Ausbau des ÖPNV-Grundnetzkorridors Bornhöved - Trappenkamp - Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2020/123

Es werden keine Fragen gestellt.

Antrag der AfD-Fraktion:

Der Kreistag beschließt den Ausbau des ÖPNV-Grundnetzkorridors Bornhöved-Trappenkamp-Bad Segeberg zum 13.12.2021.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	1	11		12

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Ausbau des ÖPNV-Grundnetzkorridors Bornhöved-Trappenkamp-Bad Segeberg zum 13.12.2020.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 3.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung einer Stelle für eine/n Radverkehrsbeauftragte/n
Vorlage: DrS/2020/125

Herr Hansen stellt den Antrag vor und stellt dar, dass ein hauptamtlicher Radverkehrsbeauftragter sinnvoll sei, da Herr Brunkhorst viele Tätigkeiten als Ehrenamtler nicht durchführen könne und dürfe. Es sei die Erarbeitung von teilweise kreisübergreifenden Konzepten nötig, Fördergelder müssten eingeworben und verteilt werden. Der Infrastrukturausbau stagniere derzeit, dies sei kein gutes Zeichen nach außen.

Herr Weihe macht deutlich, dass er den Antrag inhaltlich unterstütze. Frau Grote

und Herr Evermann sehen Probleme in der Umsetzung des Radwegebaus, da die Tiefbauabteilung personell schlecht aufgestellt sei und ohnehin viele geplante Bauprojekte im Rückstand seien. Somit könnten eingeworbene Fördergelder gar nicht ausgegeben werden. Frau Lessing befürwortet den im UNK gestellten Antrag der CDU-Fraktion, mehrere ehrenamtliche Radverkehrsbeauftragte möglich zu machen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz empfiehlt dem Hauptausschuss / Kreistag die Einrichtung einer Stelle (1,0 VZK Verkehrs-/ Stadtplaner*in / Geograph*in) für eine*n Radverkehrsbeauftragte*n

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE		1		1
Gesamt	2	10		12

Antrag der CDU-Fraktion:

Analog zur ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten wird künftig die Möglichkeit geschaffen, mehrere, parallel tätige ehrenamtliche Radverkehrsbeauftragte zu bestimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	5	7		12

zu 3.15 Antrag der CDU-Fraktion auf Verlängerung des Förderzeitraumes der "Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg" **Vorlage: DrS/2020/134**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt die Verlängerung des Förderzeitraumes der „Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg“ um vier Jahre bis zum 31.12.2024.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.16 Verlängerung und Optimierung der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kreis Segeberg und der Kreisjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V. Vorlage: DrS/2019/326-2

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt die seit 1999 bestehende Zusammenarbeit mit der Kreisjägerschaft Segeberg e. V. im Sinne des Natur- und Umweltschutzes fortzusetzen und als Grundlage dieser Zusammenarbeit die „Leistungsvereinbarung zur Förderung von Natur- und Umweltschutzmaßnahmen im Kreis Segeberg“ (Anlage 1, Stand: 13.05.2020) mit einer Gültigkeit bis zum 31.12.2024, den „Kontrakt über die Förderung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ (Anlage 2, Stand: 13.05.2020) sowie die „Förderfähigen Maßnahmen“ (Anlage 2.1, Stand 13.05.2020) als Anlage 1 zum Kontrakt mit den redaktionellen Änderungen und Klarstellungen gemäß der Anlagen zur Sitzung.
2. Der Kreistag beschließt vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisjägerschaft Segeberg im Landesverband Schleswig-Holstein e. V.
3. Der Landrat wird beauftragt die Leistungsvereinbarung und den Kontrakt zu unterschreiben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.17 Jahresabschluss 2019 WKS GmbH

Vorlage: DrS/2020/100

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt den folgenden Gesellschafterbeschlüssen der WKS GmbH zu:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2019 inkl. Lagebericht der WKS GmbH.
2. Verwendung des Jahresfehlbetrages 2019 der WKS GmbH in Höhe von 690.733,11 € durch Vortrag auf neue Rechnung.
3. Kenntnisnahme des Nachweises über die Verwendung der Mittel gem. Ziffer 4.8 Betrauungsakt.
4. Entlastung der Geschäftsführung der WKS GmbH für das Geschäftsjahr 2019
5. Entlastung des Aufsichtsrats der WKS GmbH für das Jahr 2019.

Herr Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, den entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen in der Gesellschafterversammlung der WKS GmbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.18 Organisationsuntersuchung der WKS GmbH

Vorlage: DrS/2020/101

Herr Köppen beantragt, das Rechnungsprüfungsamt zu bitten, eine Nachprüfung

der Feststellungen aus 2015 vorzunehmen. Der Landrat und Herr Rüge sagen zu, dass ein Kurzgutachten über die Sommerpause möglich sei.

Antrag der Fraktion WI-SE:

Das Rechnungsprüfungsamt wird gebeten, eine Nachprüfung der Feststellungen aus 2015 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11			11

Beschlussvorschlag:

1. Die Handlungsempfehlungen des Aufsichtsrats der WKS GmbH werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Den Anpassungen zur zukünftigen Personal- und Sachmittelausstattung wird zugestimmt. Diese werden im Rahmen des jährlichen Beschlusses zum Wirtschaftsplan der WKS umgesetzt.
3. Die Anpassung und Verlängerung des Betrauungsaktes wird angestrebt. Der Gesellschaftsvertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit der Vorbereitung des Betrauungsaktes zur nächsten Sitzung des WRI im kommenden Quartal beauftragt."
4. Der Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit einer entsprechenden Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der WKS beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11			11

zu 3.19 Neuregelung der Fremdnutzung von kreiseigenen Liegenschaften und Räumlichkeiten

Vorlage: DrS/2020/112

Frau Lessing verweist auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, sie möchte den Verwaltungsaufwand möglichst klein halten. Der Landrat teilt mit, dass der rechtlich einwandfreie Weg sei, die Gebührenerhebung zu beschließen und im nächsten BKS eine Zuschussgewährung an den Kreissportverband zu diskutieren. Herr Rüge bekräftigt dies. Einer Zustimmung zum SPD-Antrag müsste der Landrat im Nachgang widersprechen, da der Beschluss rechtswidrig sei.

Herr Flak teilt mit, dass die Mitglieder des Bauausschusses sich fraktionsübergreifend einig waren, dass die Sportvereine finanziell nicht belastet werden sollen und über den BKS eine Zuschussgewährung angeschoben werden solle. Frau Jahn weist auf den Antrag der FDP-Fraktion hin, der genau diesen Weg beschreibt.

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Satz ergänzt:
„Die Neuregelung tritt zum 01.01.2021 in Kraft. Die Verwaltung und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport erarbeiten bis zur Beschlussfassung über den Kreishaushalt für das Jahr 2021 zusammen mit den Nutzern eine rechtlich einwandfreie, aufkommensneutrale und einfach zu handhabende Regelung für die Durchführung.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

§ 4 des Nutzungsvertrags wird um einen weiteren Absatz mit folgendem Inhalt ergänzt:

Für Verköstigung und Speisen soll entweder Mehrweggeschirr oder recyclebares und biologisch abbaubares Geschirr verwendet werden.

Der Satz wird als neuer Absatz 3 eingefügt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Neuregelung zur „Benutzungs- und Entgeltordnung des Kreises Segeberg über die Fremdnutzung der kreiseigenen Liegenschaften und Räumlichkeiten“ mit den oben beschlossenen Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

Pause: 20:20 – 20:40 Uhr

zu 3.20 1. Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
Vorlage: DrS/2020/138

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss: Der Kreistag beschließt die anliegende 1. Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren einschließlich der Gebührentabelle.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 12.1 Bezuschussung des Frauenhauses Norderstedt infolge der Corona-Pandemie**Vorlage: DrS/2020/147**

Frau Grote erklärt auf Nachfrage von Herrn Evermann, dass während der Corona-Pandemie vermehrt häusliche Gewalt zu verzeichnen sei.

Herr Köppen erläutert, dass im Sozialausschuss zunächst ein Beschluss für 3 Monate gefasst worden sei, in der nächsten Sitzung sollen die weiteren 3 Monate bewilligt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Diakonie Hamburg-West/Südholstein erhält für die Schaffung und den Betrieb von vier weiteren externen Plätzen im Frauenhaus in Norderstedt einen Zuschuss in Höhe von 12.000 € für die Monate Juli, August und September 2020. Der Betrag wird unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet, wenn das Land einen Zuschuss gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 4 Berichte/Informationen

zu 4.1 Sachstand April 2020 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2016/2017, 2014/2015, 2012/2013 Vorlage: DrS/2020/137

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 4.2 7. Beteiligungsbericht des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2020/140

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Es werden keine Anfragen an die Verwaltung gestellt.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Malassa bittet die Ausschussmitglieder ausdrücklich darum, die Diskussionen möglichst kurz zu fassen. Besonders wenn Einigkeit besteht, könnten die Wortbeiträge reduziert werden.

Herr Evermann weist noch einmal darauf hin, dass in der Einwohnerfragestunde auch Anregungen möglich seien.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 11 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Folgende Beschlüsse sind in nichtöffentlicher Sitzung gefasst worden:

TOP 3.10 Anerkennung der Kosten der beim Kreisfeuerverband neu zu schaffenden Stelle eines Vorstandsreferenten Beschlussvorschlag:

Der Kreistag genehmigt vorsorglich gem. § 57 Kreisordnung i. V. m. § 95 d Abs. 1 Gemeindeordnung die im Haushaltsjahr 2020 anfallenden überplanmäßigen Auf-

wendungen und Auszahlungen in Höhe von 26.500 € für die Bezuschussung der beim Kreisfeuerwehrverband neu zu schaffenden Referentenstelle.

Der Kreistag beschließt darüber hinaus, dass die durch die Personalkosten des Referenten entstehende Erhöhung des Zuschusses an den Kreisfeuerwehrverband in die Haushaltsplanungen für 2021 ff. einfließt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

TOP 3.21 Neuordnung des Fachbereiches V – Immobilienverwaltung

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Auflösung des Fachbereiches V und der Zuordnung des Fachdienstes 11.80 (IGM) in den Fachbereich I sowie der Fachdienste 11.60 (TGM) und 11.65 (KGM) in den Fachbereich IV zu.

Diese Organisationsänderung tritt zum 1.7.2020 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

TOP 8 Ernennung eines Beamten

Beschlussvorschlag:

Nach erfolgreicher Ableistung der Erprobungszeit wird einem Beamten die Funktion der Leitung des Fachbereiches IV zum 01.08.2020 auf Dauer übertragen. Das Amt eines Kreisbaudirektors wird ihm im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum gleichen Zeitpunkt übertragen; gleichzeitig wird er in eine freie Planstelle der Bes.-Gr. A 15 SH BesG eingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**TOP 9 Rettungswache Bad Bramstedt / weitere Nutzung / Verkauf
Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Auszug des Rettungsdienstes (RKiSH) den Verkauf der Immobilie „Rettungswache Bad Bramstedt“ vorzubereiten und umzusetzen und anschließend die Veröffentlichung der Verkaufsabsicht in den gängigen Medien, unter Durchführung eines sog. Bieterverfahrens, zum Höchstgebot – mindestens jedoch zum vorgenannten Wert - zu veröffentlichen und mit dem Höchstbietenden einen Kaufvertrag abzuschließen.

Die Verwaltung wird die Ausschüsse über den Verlauf der Aktivitäten jeweils unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD			3	3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	9		3	12

TOP 10 Verkauf GU Warder**Beschlussvorschlag:**

Der Bauausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt die Verwaltung zu beauftragen, den Verkauf der Immobilie (ehem. GU Wardersee) vorzubereiten und die Veröffentlichung der Verkaufsabsicht in den gängigen Medien unter Durchführung eines sog. Bieterverfahrens durchzuführen sowie anschließend einen Kaufvertrag zu mindestens dem Wert des Verkehrswertgutachtens und unter Berücksichtigung einer Bewertungsmatrix des Bieters mit der höchsten Punktzahl (75 % Preis und 25 % Konzept) abzuschließen.

Die Verwaltung wird die Ausschüsse über den Verlauf der Aktivitäten jeweils unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)